

Kehrtwende bei Beleuchtungsabgabe

ABGABEN Vor fast einem Jahr setzte der Gemeinderat eine Abgabe für die öffentliche Beleuchtung fest, gekoppelt an den Stromverbrauch. Gestern korrigierte er den Entscheid. Ein erneuter Antrag des Stadtrates wurde einstimmig abgelehnt.

Die Abgabe für die öffentliche Beleuchtung ist juristisch umstritten. Trotzdem legte der Gemeinderat vor der letzten Budgetdebatte Ende 2015 fest, dass Stromzähler pro Kilowattstunde Verbrauch 0,68 Rappen an die Beleuchtungskosten zahlen sollten. Es folgten Bürgerproteste, mehrere Betroffene schlossen sich zusammen, um die Grundsatzfrage gerichtlich klären zu lassen.

Doch schon im Jahr 2017 wird die Abgabe nicht mehr erhoben. Der erneute Antrag des Stadtrates blieb chancenlos. Die Beleuchtung gehöre zum Grundauftrag der Stadt und solle deshalb nicht über Gebühren erhoben

werden, sagte Markus Nater (GLP). Und diesmal waren sich plötzlich alle Parteien einig.

Überrascht vom Umschwung

Den Ablehnungsantrag gestellt hatten die Grünen. «Wir sind überrascht, wie schnell sich die Meinungen geändert haben», sagte Reto Diener. Die Grünen seien schon vor einem Jahr der Abgabe kritisch gegenüberstanden und hätten versucht, sie zu kippen. «Doch damals folgten viele Parteien dem Stadtrat, weil man die Sparmassnahme nicht gefährden wollte.»

Felix Helg (FDP) sagte, nur schon weil die Abgabe Gegen-

stand eines Rechtsmittelverfahren sei, mache es wenig Sinn, wie bisher weiterzumachen. Und auch Felix Landolt (SP) fand: «Der Antrag wird mit gutem Recht zurückgewiesen. Es zahlen Leute die Gebühr, die die Beleuchtung gar nicht nutzen. So zahlt beispielsweise auch ein Kranker, der gar nie rauskommt. Es ist deshalb eine Frage der Gerechtigkeit, jetzt Nein zu sagen.»

Pascal Rüttsche (SVP) erinnerte daran, dass die SVP schon vor einem Jahr gegen die Abgabe war. «Wir sind froh, hat man das nun korrigiert. Wir sind gar der Meinung, dass man bereits bezahlte Abgaben zurückerstatten sollte.»

Weniger Widerstand gab es gegen eine zweite Abgabe, nämlich jene von 0,32 Rappen pro Kilowattstunde für die Finanzierung des Förderprogramms

Energie. Die SVP stellte zwar einen Antrag, diesen Betrag auf 0,25 Rappen zu senken, doch hier folgte der Rat dem Stadtratsantrag, die Abgabe auf dem Stand des Vorjahres zu belassen.

Stadträtin Barbara Günthard-Maier (FDP) sagte, die Rechtsgrundlage für die Beleuchtungsabgabe werde ja nun in verschiedenen Verfahren geklärt. «Wir sind gespannt auf das Resultat. Aber wir halten die Rechtsgrundlage für genügend.» Sie erinnerte auch nochmals daran, dass auch andere Städte vergleichbare Abgaben erheben.

Inhaltlich gegen Gebühr

Doch der Gemeinderat lehnte die Beleuchtungsabgabe einstimmig ab. Das klare Resultat überraschte auch die ehemalige Verfassungsrätin Romana Heuberger, die sich

an vorderster Front gegen die Abgabe gewehrt und die Proteste organisiert hatte. «Es hat mich gefreut, dass diesmal alle inhaltlich gegen die Gebühr argumentiert haben. Unsere Bedenken wurden gehört.» Man werde nun in den nächsten Tagen mit dem Hauseigentümerverband und anderen Betroffenen prüfen, ob man die Grundsatzfrage trotzdem gerichtlich klären wolle. «Aber unser Ziel haben wir erreicht, das Engagement hat sich gelohnt.»

Ein Wermutstropfen ist für Heuberger jedoch, dass die Stadt die Hälfte des wegfallenden Betrags nun mit den geplanten Direktzahlungen von Stadtwerk an die Stadt wieder reinholen wolle (siehe Seite 7). «Auch dieser Trick ist umstritten und die rechtliche Grundlage fehlt noch», warnte sie. *Mirjam Fonti*

Für die Grünen eine «ganz kleine Kleinigkeit»

WÄRMERING Die politische Würdigung der Wärmerring-Affäre liess die Wogen im Rat hochgehen. Gelacht wurde nur einmal.

FDP-Gemeinderat Felix Helg übte seit Bekanntwerden der Wärmerring-Affäre im letzten April harte Kritik am zuständigen Stadtrat Matthias Gfeller (Grüne). Gestern tagte nun erstmals seit Erscheinen des Untersuchungsberichts der Gemeinderat, und Helg liess sich die Gelegenheit nicht nehmen. «Ihre Zeit ist abgelaufen», richtete er seine Worte an den Werkvorsteher. «Doch noch sind Sie im Stadtratsamt, also geben Sie Antwort auf alle offenen Fragen und stellen Sie sich dem Gemeinderat.»

Derart direkt äusserten sich ansonsten nur die Vertreter der SVP. «Herr Gfeller nimmt seine politische Verantwortung nicht wahr», sagte Fraktionschef Daniel Oswald.

Für die Bürgerlichen ist die Affäre noch nicht ausgestanden. Die «Unwahrheit gegenüber dem Parlament» zu sagen, sei noch viel schlimmer als die bereits sanktionierten Bilanzverschleierungen.

Stadtwerk-Spitze im Saal

Die Diskussion im Gemeinderat wurde von vielen Zuschauern verfolgt, darunter der gesamten neuen Führungsspitze von Stadtwerk. An sie gerichtet sprachen praktisch alle Parteien von der «guten Arbeit der allermeisten Stadtwerk-Mitarbeiter».

Die SP, die Grünliberalen und die EVP lobten zudem den Gesamtstadtrat für die bereits gezogenen Konsequenzen. An Gfeller und Stadtwerk übten sie noch einmal Kritik, doch nun gelte es, «vorwärts zu schauen».

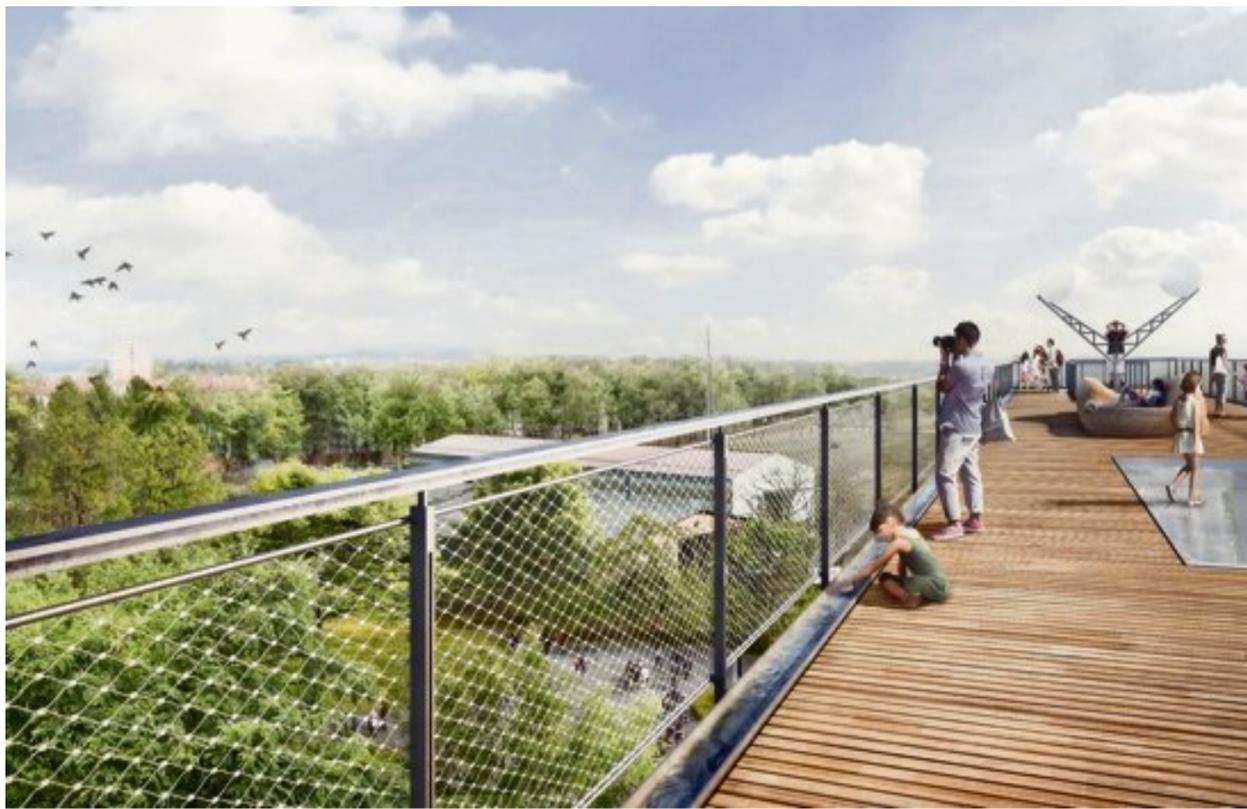
Einzig die Grünen stellten sich praktisch bedingungslos hinter ihren Stadtrat. Die Affäre sei «von gewissen Kreisen dramatisiert» worden, sagte Parteipräsident Reto Diener. Er sprach zwar von verschiedenen Fehlern, nannte die Bilanzverschleierungen jedoch eine «ganz kleine Kleinigkeit». Was folgte, war das einzige Gelächter an diesem Ratsabend. *Mirko Plüss*

Zustupf für Ausbaupläne des Technoramas

AUSBAU Der Gemeinderat unterstützt das Parkprojekt samt Brücke des Technoramas. Er stimmte einem Kredit von 1,1 Millionen Franken zu.

Das Technorama zählt an Regentagen im Schnitt 2500 Besuchende, bei Sonnenschein sind es nur gerade 250. Die Zahlen zeigen: Das Technorama gilt als Schlechtwetterprogramm. Das möchten die Verantwortlichen mit einem Park von 15 000 Quadratmetern Fläche ändern. Höhepunkt soll eine Wunderbrücke sein, die rund 130 Meter lang und bis 17 Meter hoch ist. Insgesamt sind 40 Exponate geplant.

Das Geld für das fast 15 Millionen teure Projekt stammt aus verschiedenen Quellen. Neben den 1,1 Millionen Franken, die der Gemeinderat gestern bewilligt hat, sollen 7,4 Millionen aus dem Lotteriefonds fliessen. Über 5 Millionen sollen Stiftungen und Spender beitragen. Bis heute seien rund 1,2 Millionen zugesagt. Eine Million Franken stammen aus Eigenmitteln. Das Technorama rechnet mit einem Zuwachs von 12 500 Besuchenden pro Jahr. *mif*



Blick von der Wunderbrücke auf den Park. Die Eröffnung soll gemäss heutiger Planung im Jahr 2020 stattfinden.

Visualisierung Nightnurse

Ausserdem im Rat

SPONSORING

Ein neuer Name für die Schützenwiese?

Im Gemeinderat wurde gestern ein mögliches Namenssponsoring für das Fussballstadion Schützenwiese diskutiert. FDP-Gemeinderat Christoph Magnusson regte das «alternative Finanzierungsmodell» an. Die Eishalle Deutweg, die seit kurzem den Sponsorenamen «Zielbau-Arena» trägt, könne ein Vorbild sein. David Berger (AL) hielt dagegen: «Der FCW verkauft seine Seele nicht.» Sportvorsteher Stefan Fritschi (FDP) teilte mit, der Stadtrat sei offen für mögliche «Naming-Partner». *mpl*

THEATER

Stadtpräsident ist es «woher so»

Obwohl die Interpellation von Christa Meier (SP) betreffend Sanierung Theater Winterthur inzwischen überholt ist, äusserten sich die meisten Parteien nochmals dazu. Es sei irritierend, dass der Stadtrat zu Beginn von einem Sanierungsbedarf von 40 Millio-

nen gesprochen habe, ohne gefestigte Grundlage, befand Interpellantin Meier. Stadtpräsident Michael Künzle sagte abschliessend, es sei wichtig gewesen, keinen Denkverboten zu unterliegen. «Aber es ist uns nun auch wohlher so. Wir wussten ja um die starke Gegenwehr.» *mif*

BZO

Gartenstadt schützen

Der Gemeinderat hat gestern einer Änderung der Bau- und Zonenordnung zugestimmt. Künftig sollen insbesondere die Vorgärten besser geschützt werden. Damit wurden die Ziele einer Motion von SP, Grünen, GLP und EVP umgesetzt. *mif*

IT-KREDIT

Tausende Notebooks für Primarschüler

Einstimmig hat der Rat zudem 2,39 Millionen Franken für die Erneuerung der IT-Infrastruktur in der Primarschule gesprochen. Damit werden unter anderem 2000 Notebooks beschafft. *mpl*

Klinik Lindberg darf vergrössern

EXPANSION Die private Klinik wird sich am Lindberg ausbreiten, trotz leiser Kritik aus dem Gemeinderat.

Die zur Genolier-Gruppe gehörende Privatklinik Lindberg hat Expansionspläne. Diesen hat nach dem Stadtrat nun gestern auch der Gemeinderat zugestimmt. Er bejahte den privaten Gestaltungsplan für den Umbau der 110 Jahre alten Klinik ohne Gegenstimmen.



Irreführend: Das neue rote Dach darf höher sein als das bisherige.

zvg

Die Verantwortlichen können sich nun an die geplanten baulichen Veränderungen machen. Umgebungsprägend wird neben mehreren neuen Pavillons, die im Park zu stehen kommen, vor allem die Erweiterung des Hauptgebäudes sein. Sie fällt bei der unten stehenden Visualisierung ins Auge. Kommissionssprecherin Christa Meier (SP) betonte gestern, mit dem rot eingefärbten Anbau auf der Grafik werde die Baumasse des Gebäudes verdop-

pelt. «Da wird sehr kompakt und dicht gebaut.»

Klinik als «Fremdkörper»

Der Gemeinderat verspricht sich durch den Ausbau eine Verbreiterung des medizinischen Angebots und vor allem mehr Arbeitsplätze. Doch nicht alles, was im Gestaltungsplan steht, hat der Kommission für Bau und Betriebe auch gefallen.

Einen Problempunkt sah die Kommission bei der fehlenden Akzeptanz im Quartier. «Die Anwohner nehmen die Klinik noch immer als Fremdkörper wahr», fasste Meier den Inhalt mehrerer Einwendungen zusammen. Die Visualisierung des Neubaus sei zudem irreführend. Das geplante, rot dargestellte Dach könne 3,5 Meter höher zu liegen kommen als das bestehende Gebäude. Die Rede sei zudem von bloss etwas über hundert Parkplätzen, möglich wären aber 230. «Was gilt denn nun?», habe sich die Kommission gefragt. Doch diese Kritikpunkte reichten nicht für eine Opposition, so die Konsensmeinung. Die Stadt profitiere von den Plänen der Klinikchefs. *mpl*

Obergrenze für Baukunst

KUNST Beim Polizeigebäude, über das Ende November abgestimmt wird, ist eine halbe Million Franken für Kunst am Bau vorgesehen. Das gab in den letzten Tagen zu reden. Stadtpräsident Michael Künzle (CVP) betonte, die Summe sei lediglich als Platzhalter eingestellt, man werde noch diskutieren, wie man beim Polizeigebäude bezüglich Kunst am Bau vorgehen wolle. Weiter verwies er darauf, dass 2017 die Richtlinien dazu ohnehin überarbeitet würden.

Die FDP nutzte Künzles Votum, um Werbung für einen geplanten Vorstoss zum Thema zu machen. Man wolle Maximalsummen für Kunst am Bau vorsehen. «Auch mit 50 000 bis 100 000 Franken lässt sich etwas künstlerischer Wertvolles realisieren», sagte Christoph Magnusson (FDP). Daneben schlägt die FDP vor, ein jährliches Budget für Kunst im öffentlichen Raum festzulegen. So lasse sich viel Geld sparen und trotzdem könne Winterthur als Kulturstadt weiter wahrnehmbare künstlerische Akzente setzen. *mif*